

Antrag 75/I/2022**Landesparteitag****Der Landesparteitag möge beschließen:****Resolution zum Ukrainekrieg**

1 Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen und menschen-
 2 verachtenden Krieg Wladimir Putins und seiner russi-
 3 schen Staatsführung gegen die Ukraine. Der imperialisti-
 4 sche Krieg in Europa verursacht den Tod und das Leid vieler
 5 unschuldiger Menschen und zerstört wichtigen Einrich-
 6 tungen und Lebensgrundlagen. Dieser gravierende Bruch
 7 mit der internationalen Friedensordnung ist durch Nichts
 8 zu rechtfertigen. Die internationale Staatengemeinschaft
 9 und die deutsche Bundesregierung haben geschlossen
 10 auf diesen Kriegsakt reagiert. Wir unterstützen die Maß-
 11 nahmen der Bundesregierung und der Europäischen Uni-
 12 on, um der Ukraine zu helfen, den Druck auf die russische
 13 Staatsführung zu erhöhen und den Krieg sofort zu been-
 14 den.

15
 16 Krieg ist ein Verbrechen, er ist ein Angriff auf unsere in-
 17 ternationale Friedens- und Sicherheitsordnung und unse-
 18 re gemeinsamen Werte. Kriegsverbrecher müssen schnell
 19 gefasst und vor internationalen Gerichten zur Verantwor-
 20 tung gezogen und bestraft werden.

21
 22 Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt der souveränen
 23 Ukraine und den Menschen in und aus der Ukraine. Wir so-
 24 lidarisieren uns auch mit den Menschen aus und in Russ-
 25 land und allen in der Welt, die gegen diesen Krieg und für
 26 einen sofortigen Waffenstillstand und Frieden protestie-
 27 ren. Wir sprechen uns ohne Vorbehalte dafür aus, jegliche
 28 humanitäre Hilfe für die Menschen, die aufgrund des Krie-
 29 ges fliehen müssen, zu leisten.

30
 31 Die SPD ist und bleibt Friedenspartei. Dies ist Teil der sozi-
 32 aldemokratischen Identität und unserer stolzen Geschich-
 33 te. Eine sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspo-
 34 litik muss immer den Frieden und dessen Wahrung als
 35 oberstes Ziel verfolgen. Wir sind stolz auf die Erfolge sozi-
 36 aldemokratischer Entspannungspolitik und der Politik der
 37 guten Nachbarn, wie sie von Willy Brandt und Egon Bahr
 38 erfolgreich besritten wurde.

39
 40 Wir teilen die berechtigte Sorge vieler über eine weite-
 41 re Eskalation, lassen uns aber von russischer Propagan-
 42 da nicht einschüchtern und stellen uns der russischen Ag-
 43 gression entschlossen und solidarisch entgegen. Deshalb
 44 unterstützen wir das besonnene Handeln unseres Bun-
 45 deskanzlers Olaf Scholz, Unterstützungsmaßnahmen zur
 46 Verteidigung der Ukraine und zur Beendigung des Krieges
 47 zu treffen.

48

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK****Ukraine-Resolutions (Stand Ursprungstext gemäß zur AK am 15.6. verschickten Link)****Änderungsanträge Robert Drewnicki**

Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen und menschen-
 verachtenden Krieg Wladimir Putins und seiner russi-
 schen Staatsführung gegen die Ukraine. Der imperialisti-
 sche Krieg in Europa verursacht den Tod und das Leid vie-
 ler unschuldiger Menschen und zerstört wichtige Einrich-
 tungen und Lebensgrundlagen. Dieser gravierende Bruch
 mit der internationalen Friedensordnung ist durch Nichts
 zu rechtfertigen. Die internationale Staatengemeinschaft
 und die deutsche Bundesregierung haben geschlossen
 auf diesen Kriegsakt reagiert. Wir unterstützen die Maß-
 nahmen der Bundesregierung und der Europäischen Uni-
 on, um der Ukraine bei der Verteidigung ihrer Souveräni-
 tät zu helfen, den Druck auf die russische Staatsführung
 zu erhöhen und den Krieg sofort zu beenden.

Krieg ist ein Verbrechen, er ist ein Angriff auf unsere in-
 ternationale Friedens- und Sicherheitsordnung und unse-
 re gemeinsamen Werte. Kriegsverbrecher müssen schnell
 gefasst und vor internationalen Gerichten zur Verantwor-
 tung gezogen und bestraft werden.

Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt der souveränen
 Ukraine und den Menschen in und aus der Ukraine. Wir so-
 lidarisieren uns auch mit den Menschen aus und in Russ-
 land und allen in der Welt, die gegen diesen Krieg und für
 einen sofortigen Waffenstillstand und Frieden protestie-
 ren. Wir sprechen uns ohne Vorbehalte dafür aus, jegliche
 humanitäre Hilfe für die Menschen, die aufgrund des Krie-
 ges fliehen müssen, zu leisten.

Die SPD ist und bleibt Friedenspartei. Dies ist Teil der sozi-
 aldemokratischen Identität und unserer Geschichte. Eine
 sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik muss
 immer dem Frieden, den Menschenrechten, der Freiheit
 und Demokratie verpflichtet sein. Diplomatie und Ent-
 spannungspolitik bleiben für uns wo immer möglich in
 der Tradition von Willy Brandt und Egon Bahr Eckpfeiler
 für eine internationale Sicherheitsarchitektur. Wir wissen
 aber auch, dass die Politik gegenüber unseren östlichen
 Nachbarn und Russland vor und nach 1989 einer kriti-
 schen Betrachtung bedarf, um für die Herausforderungen
 der Zeitenwende die richtigen Ideen und Antworten ent-
 wickeln zu können.

Wir teilen die berechtigte Sorge vieler über eine weite-
 re Eskalation, lassen uns aber von russischer Propagan-

49 Unsere einseitige Abhängigkeiten von Energielieferungen
 50 aus Russland müssen wir schnell abbauen, um den wirt-
 51 schaftlichen Druck zu erhöhen und die weitere Finanzie-
 52 rung des Krieges zu beenden. Auch wenn eine sofortige
 53 Aufhebung der Gas- und Öllieferungen aus Russland aus
 54 verschiedenen Gründen nicht realisierbar ist, können wir
 55 bereits jetzt alles tun, um den Energieverbrauch schnell
 56 zu reduzieren, vom Tempolimit auf den Autobahnen bis
 57 zu Fördermaßnahmen im Bereich der Energieeffizienz.

58
 59 Der Krieg und die angekündigten Sanktionen gegen Russ-
 60 land haben harte wirtschaftliche Konsequenzen für die
 61 Menschen in Russland, aber auch in Europa. Trotz al-
 62 ler Vorbereitungen sind besonders ärmere Menschen von
 63 den Sanktionen und ihren direkten wie indirekten Auswir-
 64 kungen überproportional betroffen. Wir fordern eine soli-
 65 darischen Ausgleich für ärmere Menschen, die unter den
 66 wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges am meisten
 67 leiden.

68
 69 Wir brauchen eine einsatzfähige Bundeswehr als Verteidi-
 70 gungsarmee. Trotz hoher Rüstungsausgaben ist die Bun-
 71 deswehr unzureichend ausgerüstet. Wir fordern Aufklä-
 72 rung, welche Stellen und Hemmnisse hierfür verantwort-
 73 lich sind. Die Einrichtung eines Sondervermögens in Hö-
 74 he von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr darf kei-
 75 ne Abkehr von sozialdemokratischer Friedenspolitik sein.
 76 Dieses Geld darf nur zur Sicherung der Handlungsfähig-
 77 keit zur Verteidigung der Staatsgrenzen und Bündnisver-
 78 pflichtungen eingesetzt werden. Wir brauchen höhere In-
 79 vestitionen in die soziale Infrastruktur, in Bildungseinrich-
 80 tungen, in das Gesundheitswesen, für die Kindergrundsich-
 81 erung und in die Bekämpfung des Klimawandels.

82
 83 Wir brauchen eine öffentliche Diskussion, welche Waffen
 84 und Ausrüstungsgegenstände für eine einsatzfähige Bun-
 85 deswehr notwendig sind. Die Investitionen in neue Waf-
 86 fensysteme, wie zum Beispiel bewaffnete Drohnen, sehen
 87 wir kritisch. Wir lehnen eine Festlegung von Ausgaben-
 88 summen als festen Prozentsatz vom BIP ab. Atomwaffen
 89 müssen weltweit geächtet werden. Daher unterstützen
 90 wir alle Initiativen, die sich für eine Abschaffung atomarer
 91 Waffen einsetzen und begrüßen die Teilnahme Deutsch-
 92 lands als Beobachter auf der erste Staatenkonferenz des
 93 Atomwaffenverbotsantrages.

94
 95 Das Ziel unserer Politik bleibt eine Welt in Frieden. Wir sind
 96 solidarisch mit den Staaten dieser Welt und unterstützen
 97 alle Maßnahmen, um die wirtschaftliche Eigenständigkeit
 98 und Unabhängigkeit der Länder zu fördern. Wir unterstüt-
 99 zen und fördern eine friedensstiftende und vertrauensbil-
 100 dende Politik in Europa und in der Welt, die auf eine Ver-
 101 ständigung aller und den Zusammenarbeit der Staaten

da nicht einschüchtern und stellen uns der russischen Aggression entschlossen und solidarisch entgegen. Deshalb unterstützen wir die von unserem Bundeskanzler Olaf Scholz geführte Bundesregierung bei ihren Unterstützungsmaßnahmen zur Verteidigung der Ukraine und zur Beendigung des Krieges.

Dazu gehört auch in enger Abstimmung mit unseren europäischen Partnern, den USA und der Nato die schnellstmögliche Lieferung von Großgerät und schweren Waffen, sofern es schneller geht auch im Rahmen des so genannten „Ringtauschs.“ Dies muss mit höchster Priorität erfolgen.

Unsere einseitige Abhängigkeiten von Energielieferungen aus Russland müssen wir schnell abbauen, um den wirtschaftlichen Druck zu erhöhen und die weitere Finanzierung des Krieges zu beenden. Auch wenn eine sofortige Aufhebung aller Gas- und Öllieferungen aus Russland aus verschiedenen Gründen schwer realisierbar ist, können wir bereits jetzt alles tun, um neue - möglichst erneuerbare - Energiepotenziale zu erschließen und den Energieverbrauch schnell zu reduzieren - vom Tempolimit auf den Autobahnen bis zu Fördermaßnahmen im Bereich der Energieeffizienz.

Der Krieg und die angekündigten Sanktionen gegen Russland haben harte wirtschaftliche Konsequenzen für die Menschen in Russland, aber auch in Europa. Trotz aller Vorbereitungen sind besonders ärmere Menschen von den direkten wie indirekten Auswirkungen des Krieges überproportional betroffen. Wir fordern einen solidarischen Ausgleich für ärmere Menschen, die unter den wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges am meisten leiden.

Wir brauchen eine einsatzfähige Bundeswehr als Verteidigungs- und Bündnisarmee. Trotz hoher Rüstungsausgaben ist die Bundeswehr unzureichend ausgerüstet. Aufklärung, welche Stellen und Hemmnisse hierfür verantwortlich sind, muss dringend als erster Schritt für die nötige bessere Ausrüstung der Bundeswehr erfolgen. Die Einrichtung eines Sondervermögens in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr darf keine grundsätzliche Abkehr von sozialdemokratischer Friedenspolitik sein. Dieses Geld darf nur zur Sicherung der Handlungsfähigkeit zur Verteidigung der Staatsgrenzen und Bündnisverpflichtungen eingesetzt werden. Es müssen auch jenseits dieser Ausgaben weiterhin die nötigen Investitionen für die soziale Infrastruktur, Bildungseinrichtungen, das Gesundheitswesen, die Kindergrundsicherung und die Bekämpfung des Klimawandels zur Verfügung gestellt werden.

102 gerichtet ist, damit Kriege materiell unmöglich werden.
103
104 Die Maxime unseres internationalen Handelns war und
105 bleibt: Nie wieder Krieg!
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127

Wir brauchen eine öffentliche Diskussion, welche Waffen und Ausrüstungsgegenstände für eine einsatzfähige Bundeswehr notwendig sind. Die Investitionen in neue Waffensysteme, wie zum Beispiel bewaffnete Drohnen, sehen wir weiterhin kritisch. Es darf nicht zu einer neuen Dimension des atomaren Wettrüstens kommen. Atomwaffen müssen weltweit geächtet werden. Daher unterstützen wir alle Initiativen, die sich für eine Abschaffung atomarer Waffen einsetzen und begrüßen die Teilnahme Deutschlands als Beobachter auf der erste Staatenkonferenz des Atomwaffenverbotsantrages.

Das Ziel unserer Politik bleibt eine Welt in Frieden. Wir sind solidarisch mit den Staaten dieser Welt und unterstützen alle Maßnahmen, um die wirtschaftliche Eigenständigkeit und Souveränität aller Länder zu schützen. Die Völkergemeinschaft muss notfalls wehrhaft gegen Aggression und Völkerrechtsbruch zusammenstehen. Unsere politische Grundhaltung bleibt eine friedensstiftende und vertrauensbildende Politik in Europa und in der Welt, die auf eine Verständigung aller und Zusammenarbeit der Staaten gerichtet ist.

Die Maxime unseres internationalen Handelns war und bleibt: Nie wieder Krieg!